

Konflikte im Rahmen wirtschaftlicher Grossprojekte in Guatemala – ein Reisebericht



Fotos: Anna Leissing – Guatemalanetz Bern

Vom 25. November bis zum 5. Dezember 2013 reiste ich in meiner Funktion als Koordinatorin des Guatemalanetzes Bern nach Guatemala, besuchte verschiedene Gebiete, die von Konflikten rund um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes geprägt werden und traf mich mit Vertreter/innen nationaler und internationaler Organisationen. Der folgende Bericht führt in einer Art Synthese die wichtigsten Konfliktdimensionen auf, die sich in Guatemala im Rahmen wirtschaftlicher Grossprojekte auf lokaler und nationaler Ebene manifestieren.

Konflikte auf Ebene Dorfgemeinschaften

Uneinigkeit, Spaltung von Familien und Gemeinschaften, soziale Konflikte und Gewalt sind in den vom Bergbau betroffenen Gemeinden und Dorfgemeinschaften unübersehbar. Insbesondere beim Besuch der *Mine Marlin* in *San Miguel Ixtahuacán* – das Gebiet, wo der Bergbau und seine negativen Folgen für die Lebensbedingungen in den Dorfgemeinschaften am weitesten fortgeschritten ist – wurden die **Spannungen zwischen Familien, Befürworter/innen und Gegner/innen, der Lokalregierung und den indigenen Gruppierungen, Frauen und Männern** thematisiert: So berichteten Frauen der *Pastoral de Defensoras y Defensores de la Tierra* davon, dass ihre Familienmitglieder weder in der *Mine Marlin* selbst, noch in der Gemeindeverwaltung Arbeit erhielten, weil sie sich explizit gegen die Anwesenheit des Unternehmens *Montana Exploradora*- Tochterfirma der kanadischen *Goldcorp* – in *San Miguel Ixtahuacán* aussprechen. Die Schuld für Arbeitslosigkeit in der Familie wird damit auf die Minengegner/innen abgeschoben. Zudem wurde von einem **Verlust von Werten wie Spiritualität, Solidarität und Toleranz** gesprochen. Das führt dazu, dass die Menschen sich nur noch für ihr eigenes, materielles Wohl interessieren und nicht mehr bereit sind, sich mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen. Damit sind die Familien und Dorfgemeinschaften höchst **anfällig für Bestechung und Angebote von Seiten des Unternehmens**; die Strategie der Spaltung - *divide et impera* - lässt sich in einem solchen Kontext sehr erfolgreich anwenden. Zudem scheint **Alkoholismus mit seinen Begleiterscheinungen wie häusliche Gewalt** in *San Miguel Ixtahuacán* zum ernsthaften Problem geworden zu sein; seit Ankunft von *Montana Exploradora* habe sich die Anzahl Kantinen verzehnfacht; viele Männer, die in der Mine arbeiteten, hätten auf einmal Bargeld, mit dem sie schlecht umgehen können. Früher hätten die sozialen Interaktionen im Dorf – z.B. Nachbarn helfen einander beim Hausbau – auf einer reziproken Solidarität beruht, heute seien diese **sozialen Tauschmechanismen weitgehend verschwunden und durch Geld ersetzt worden**. Damit werden diejenigen benachteiligt, die keiner Lohnarbeit nachgehen können, was wiederum zur Beschuldigung der Minengegner/innen führt, sie stünden dem Glück von gut bezahlten Arbeitsplätzen im Weg.

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen

Die Anschuldigungen und Diffamierungen gegenüber Gegner/innen des Bergbaus, Anführer/innen sozialer Bewegungen und Menschenrechtsverteidiger/innen finden nicht nur auf der Ebene der Familien und Dorfgemeinschaften statt, sondern haben ein neues Ausmass erreicht: Nachdem Menschenrechtsorganisationen bei der *Comisión Interamericana de Derechos Humanos* (CIDH) Anzeige wegen **Kriminalisierung der sozialen Proteste** eingereicht hatten, wurde der Innenmi-

nister *Mauricio López Bonilla* in einem Artikel in der verbreiteten Tageszeitung *Prensa Libre* vom 26. November 2013 folgendermassen zitiert:

„Lo que los grupos de derechos humanos hacen en el extranjero no es más que un chantaje y una extorsión como la de los pandilleros.“

Die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wird von der Regierung öffentlich mit den erpresserischen Aktivitäten der *maras* verglichen; gemäss Aussage von *Frank la Rue* – Gründer des *Centro de Acción Legal para los Derechos Humanos* (CALDH) und Sonderberichterstatter der UNO zum Recht auf freie Meinungsäusserung – ist eine **Reduktion des Handlungsspielraums für Menschenrechtsverteidiger/innen** eine der gravierendsten Entwicklungen im Land.

Menschen, die sich für ihre und die Rechte anderer Leute einsetzen, werden jedoch nicht nur in den Medien diffamiert und als Kriminelle hingestellt: zahlreiche Anführer/innen von Widerstandsbewegungen gegen den Bergbau und andere Grossprojekte sehen sich **juristischen Verfahren und Haftbefehlen auf Basis von willkürlichen Anschuldigungen** gegenüber: Die Anführerin des *Movimiento de Resistencia Pacífica La Puya* in *San José del Golfo* musste bereits mehrmals vor Gericht erscheinen; vier ihrer Kollegen stehen unter Haftbefehl und befinden sich auf der Flucht. Auch in San Juan Sacatepéquez - wo gegen den Willen der Bevölkerung eine Zementfabrik gebaut werden soll - haben vier Anführer der *12 Comunidades de San Juan Sacatepéquez* Haftbefehle gegen sich laufen und können sich deshalb ausserhalb ihrer Dörfer kaum bewegen.

Die betroffenen Personen, Familien und Dorfgemeinschaften haben sehr beschränkte Möglichkeiten, auf diese **intensivierte Strategie der Kriminalisierung** zu reagieren. Einerseits ist das Misstrauen gegenüber der Justiz generell sehr hoch, weshalb es viele betroffene Personen vorziehen, sich zu verstecken, als sich einem unfairen und korrupten Gerichtsprozess zu stellen, der enorme zeitliche und finanzielle Ressourcen bindet und mit grosser Wahrscheinlichkeit in einer willkürlichen Verhaftung endet, da die Mittel zur Bezahlung von guten Anwälten fehlen. Für die Betroffenen sind es **zermürbende und ihre physische und psychische Gesundheit gefährdende Situationen**; in denen sie sich oft sehr alleine und verletztlich fühlen.

Soziale Bewegungen, nationale und internationale NGOs

Ökonomische Mittel fehlen den Dorfgemeinschaften im Widerstand nicht nur für Anwälte, sondern auch zur **Vernetzung mit anderen Gruppierungen, Organisationen und sozialen Bewegungen**. Zwar sind sich die Meisten bewusst, dass in anderen Dörfern Guatemalas und der gesamten

Region ähnliche Konflikte bestehen, haben aber kaum die Möglichkeit, sich auszutauschen oder andere Konfliktgebiete zu besuchen.

Nicht nur die Dorfgemeinschaften im Widerstand, auch viele nationale Menschenrechts- und Umweltorganisationen stehen vor finanziellen Engpässen. Zudem besteht unter den verschiedenen Organisationen zum Teil grosse **Uneinigkeit bezüglich Analysen und Strategien**. So radikalieren bestimmte Organisationen ihre Positionen und grenzen sich von anderen ab, weil diese einen weniger konfrontativen Weg gewählt haben. Neben diesen inhaltlichen Differenzen macht der **Protagonismus einiger Organisationen und Einzelpersonen** eine Einigung nicht einfacher. Eine gemeinsame Strategie wäre jedoch für eine Verbesserung der Situation in Guatemala dringend notwendig, denn die Akteure des sozialen Wandels sehen sich einer lange etablierten und auf allen Ebenen privilegierten Elite gegenüber, denen die **Spaltung der organisierten Zivilgesellschaft** gerade recht kommt, um sich ihre Machtposition zu erhalten. So zeigt eine Ausnahme von vereintem Widerstand gegen den Bergbau in *Jalapa* deutlich, dass den Interessen dieser Elite an wirtschaftlichen Grossprojekten durchaus etwas entgegen gesetzt werden kann. Das gemeinsame Handeln zwischen Akteuren der Gemeindeverwaltung, der *Autoridades Xinka*, der katholischen Kirche und des HEKS-Projektes „Nuestras Raíces“ in *Jalapa* war ein zentraler Faktor, der zur erfolgreichen Durchführung einer Abstimmung zum Bergbau und der breiten Ablehnung solcher wirtschaftlicher Grossprojekte in der Gemeinde geführt hat.

Neben den sozialen Basisbewegungen und nationalen, zivilgesellschaftlichen Organisationen ist auch eine ganze Reihe **internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) und multilateraler Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO) in Guatemala präsent**. Ihr Spielraum wird jedoch ebenfalls stets kleiner; Ausländer/innen, die sich in irgendeiner Form an den sozialen Protesten beteiligen, werden nach Aussage des Innenministers *Lopez Bonilla* als *persona non grata* des Landes verwiesen; vor nicht so langer Zeit hat Präsident *Otto Pérez Molina* zudem die Regierungen Schwedens und Norwegens beschuldigt, durch ihre Aktivitäten den internationalen Terrorismus zu unterstützen. In diesem **feindseligen Klima** trauen sich viele internationale NGO kaum noch, sich zu positionieren.

Nirgendwo ist eine Figur oder eine Bewegung auszumachen, welche es schafft, die verschiedenen Anliegen und Organisationen hinter sich zu vereinen. Weder politische Parteien, noch soziale Führungsfiguren, noch die Kirche, noch die Universität bieten eine Referenz für die sozialen Bewegungen und Organisationen des Landes. Die **allgemeine Uneinigkeit unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen** und die **mangelnde Kooperation und Koordination der verschiedenen Akteure** zur Verbesserung der sozialen, politischen und ökonomischen Situation des Landes, gehören zu den intensivsten Eindrücken auf der Reise.

Rechte und Territorien der indigenen Bevölkerung

Der Staat Guatemala hat verschiedene internationale Abkommen über die individuellen und kollektiven Rechte der indigenen Bevölkerung unterzeichnet. Dazu gehören die Konvention 169 der Internationalen Organisation der Arbeit (ILO) und die UNO-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. Bis heute fehlt jedoch eine nationale Gesetzgebung, die einen verbindlichen Rahmen für die Implementierung dieser Rechte garantieren würde; insbesondere das **Recht auf freie, vorgängige und informierte Konsultation bei Grossprojekten in indigenen Territorien wird bei der Vergabe von Lizenzen zur Förderung von Rohstoffen missachtet.**

Trotzdem wurden bis anhin in über 60 Gemeinden **Abstimmungen bezüglich des Bergbaus im Gemeindegebiet** durchgeführt, bei denen jeweils eine deutliche Ablehnung gegen die geplanten Projekte zum Ausdruck kam. Kurz vor meiner Reise hat in der Gemeinde *Jalapa* eine **consulta de vecinos** stattgefunden, in der sich rund 94% der Stimmbevölkerung gegen den Bergbau in der Gemeinde ausgesprochen haben. Die Besonderheit dieser Abstimmung liegt darin, dass sie auf dem *Código Municipal* und damit auf einer verbindlichen Rechtsgrundlage basiert und von allen relevanten Akteuren der Gemeinde – *Gemeindeverwaltung; Autoridades Xinca*; die katholische Kirche und die Projektverantwortlichen des HEKS-Projektes *Nuestras Raíces* – getragen wurde. Die **traditionellen consultas de buena fe** und die **auf der ILO-Konvention 169 basierenden consultas comunitarias** werden hingegen von der Regierung als rechtlich unverbindlich abgetan.

Verschiedenen Akteure wenden **unterschiedliche Strategien an, um das Recht auf Konsultation über die Nutzung des Landes durchzusetzen**: so engagiert sich *COPAE* mit zahlreichen anderen Akteuren für eine nationale Gesetzgebung zur ILO-Konvention 169 und die Umweltorganisation *Madre Selva* schlägt vor, in Zukunft statt über den Bergbau über die Nutzung des Wassers abzustimmen, da letzteres in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fällt, während sämtliche subterrane Ressourcen vom Zentralstaat verwaltet werden. Auch das Instrument der Klage bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) wurde bereits mehrfach angewendet; erst kürzlich haben der *Frente de Defensa San Miguelense* (FREDEMI) und die *Asociación Pluri-culturalidad Jurídica de Guatemala* (Plurijur) im Namen von fünf Dörfern in *San Miguel Ixtahuacán* bei der CIDH Anzeige gegen den dortigen Bürgermeister eingereicht. Leider wurden jedoch auch frühere Empfehlungen der CIDH bezüglich der Mine Marlin von der guatemalteckischen Regierung nicht beachtet. Für *COPAE* ist daher klar, dass eine signifikante Verbesserung der Umsetzung von kollektiven und individuellen Rechten der indigenen Bevölkerung nur durch eine Neugründung des Staates möglich wird, in welchem die verschiedenen Maya-Ethnien als eigenständige Nationen anerkannt und repräsentiert sind.

Da der **Widerstand gegen Grossprojekte in den indigenen Territorien auf legalem Weg kaum Auswirkungen hat**, greifen viele Dorfgemeinschaften zu weiteren Mitteln, um den Bergbau in

ihren Gebieten zu verhindern. So blockiert die *Resistencia Pacífica de La Puya* seit gut zwei Jahren mit konstanter Präsenz die Zufahrtsstrasse zum Eingang des Minengeländes und die 12 *Comunidades de San Juan Sacatepéquez* bewachen ohne Unterlass den Wald rund um die Wasserquellen der Gemeinde. Solche **Blockaden sind enorm zeit- und ressourcenintensiv und laufen stets Gefahr, mit staatlicher Repression unterdrückt zu werden**. So sind z.B. am 14. Januar 2014 Polizei- und Militäreinheiten in *Sipakapa* stationiert worden, um die Interessen des Unternehmens *Montana Exploradora* zu verteidigen, die eine Ausdehnung der Mine *Marlin* auf das Gebiet *Los Chocoyos* plant; und in *San José del Golfo* sah sich die friedliche Widerstandsbewegung *la Puya* im Dezember 2012 mit ungefähr 300 Sicherheitskräften konfrontiert, welche die friedliche Blockade auflösen sollten. **Die Menschen leben in konstanter Angst vor Übergriffen dieser Art und eine gewisse Ermüdung** war denn auch unter den Akteuren des Widerstands nicht von der Hand zu weisen.

Nationale Diskurse über Vergangenheit, Entwicklung und Terrorismus

Die Konflikte rund um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes werden in Guatemala nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene ausgetragen. Sie sind **eingebettet und eng verknüpft mit nationalen Fragen zur Vergangenheitsbewältigung und Diskursen über die Entwicklung des Landes**, die insbesondere über Massenmedien wie Fernsehen und Tageszeitungen verbreitet werden.

Verschiedene Personen weisen darauf hin, dass **die mächtigen Wirtschaftseliten des Landes und das Militär im Rahmen der jüngsten Entwicklungen – Regierung von Otto Pérez Molina seit 2012; Gerichtsprozess gegen Efraín Ríos Montt im 2013 – wieder stärker zusammen gerückt sind**. Sie nutzen ihre Mittel und Macht, um ihre Interessen und Positionen in den Vordergrund zu rücken: Der Genozid wird dabei geleugnet und der Prozess gegen den ehemaligen Staatschef als Angriff auf die nationale Souveränität und Identität dargestellt. An diesem Angriff seien dieselben entwicklungsfeindlichen und rückständigen Gruppen beteiligt, die sich gegen die Entwicklung des Landes stellten und mit dem internationalen Terrorismus verbandelt seien. In den Aktivitäten und Publikationen der *Fundación contra el Terrorismo* – einer dem *Comité Coordinador de las Asociaciones Agrícolas, Comerciales, Industriales y Financieras* (CACIF) nahe stehenden und teilweise von seinen Mitgliedern finanzierten Stiftung – die mit aufwändigen Inseraten und Beilagen in Tageszeitungen Desinformation, Verleumdung und Hetze betreiben, findet der aggressive Diskurs seine maximale Ausprägung. **Indem der Widerstand kriminalisiert und die staatliche Repression verharmlost oder ganz verschwiegen wird,**

schürt die oben erwähnte *Fundación* Rassismus und Diskriminierung und vergrössert die sowieso schon grosse Distanz zwischen urbanen und ruralen Gebieten.

Raum für alternative Diskurse und Debatten ist kaum vorhanden und wird weiter eingeschränkt. Kurz vor meinem Besuch wurden in *San Marcos* sieben *radios comunitarios* geschlossen und der illegalen Nutzung von Frequenzen angeklagt. Auch *Hilda Marina Morales Trujillo* von der *Procuradería de Derechos Humanos* (PDH) beklagte, dass der **Raum für Dialog stets eingeschränkter und Themen wie Menschenrechte immer mehr ins Abseits gedrängt würden**. Fast alle nationalen und internationalen Organisationen, die in irgendeiner Weise mit Menschenrechten arbeiten, haben mir eine ähnliche Wahrnehmung bestätigt. Es sei deshalb wichtig, dass Organisationen wie das Guatemalanetz Bern ihre Möglichkeiten ausnutzten, alternative Perspektiven auf die Entwicklungen in Guatemala aufzuzeigen; in der Schweiz, aber auch in Guatemala.

Guatemalanetz Bern

c/o RefBeJuSo, OeME-Migration

Altenbergstrasse 66, Postfach 511

CH – 3000 Bern 25

Website: www.guatemalanetz.ch

E-Mail: koordination@guatemalanetz.ch